

Der Stoff, aus dem Planeten werden

Planeten entstehen aus interstellarem Staub. Erste Proben dieses kosmischen Baumaterials wurden jetzt analysiert. Seite 27

Abb.: ESA, NASA, and L. Calçada (ESO for STScI)

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 13./14. September 2014

69. Jahrgang/Nr. 214

Bundesausgabe 2,00 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Ein vergiftetes Angebot

Dieter Janke über Schäubles Vorstoß zur Schuldenbremse

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ist zweifellos einer der erfahrensten bundesdeutschen Politiker – aber auch einer der gerissensten. Wenn der CDU-Politiker einen Vorstoß macht, sind Richtung und avisiertes Ergebnis wohl kalkuliert. Das dürfte auch für den Vorschlag gelten, die maßgeblich von ihm auf den Weg gebrachte Schuldenbremse so zu lockern, dass die Bundesländer auch nach 2020 noch Kredite aufnehmen können.

Bei genauerer Betrachtung der Offerte zeigt sich indes, dass dies keineswegs eine Abkehr von Schäubles investitionsfeindlicher Austeritätspolitik ist. In absoluten Zahlen macht das Angebot für die 16 Länder zusammen einen zusätzlichen Finanzspielraum von gerade einmal 3,5 Milliarden Euro jährlich aus. An den chronisch unterfinanzierten öffentlichen Kassen würde sich damit also nichts ändern.

Und es ist ein geradezu bibliisches Linsengericht, wenn man den Preis betrachtet, den die Länder nach dem Willen des Finanzministers entrichten sollen: Als Gegenleistung soll der aus den Kassenwart von Bund und Ländern zusammengesetzte Stabilitätsrat zu einer »echten Kontrollbehörde« umgebaut werden, die gegen Länderhaushalte vor dem Bundesverfassungsgericht klagen und Sanktionen verhängen kann – und dies schon bei einfacher Mehrheit. Das Etatrecht der Länderparlamente würde zu wesentlichen Teilen ausgebremst und gegen Bares aufgewogen werden. So erweist sich Schäubles Offerte als wahrlich vergiftetes Angebot.

UNTEN LINKS

Die Deutsche Bahn steht kurz davor, ihre Umwandlung in einen Frostkonzern abzuschließen. Bereits jetzt herrschen selbst bei normalen Außenwerten in den als »ICE« bezeichneten Kühlwagen in der Regel Temperaturen unter 8 Grad. Bisherige Kunden fürchten inzwischen den Ticketkauf wie eine Schweinegrippe. In einem Land, in dem die Angst vor Gammelfleisch größer ist als die vor einer Wirtschaftskrise, zieht das Unternehmen aber noch rechtzeitig die Schuldenbremse: Künftig sollen in kühlstrahlweiß angepinselten ICE also Bioeier, Fertigtorten und Spenderorgane gelagert werden. An einen Transport der leicht verderblichen Ware ist zunächst nicht gedacht. Die Bahn hält sich diese Option aber offen – für die Zeit nach dem Erreichen der absoluten Verspätungsgrenze. Diese bezeichnet jenen Zeitpunkt, an dem die Züge zwar schon 24 Stunden zu spät – aber damit praktisch wieder pünktlich kommen. Neuer Bahnchef soll dann übrigens Norbert Blüm werden: Die Kühlkette ist sicher! *tos*

Fluchtpunkt Kirche

Asylbewerber protestieren weiter in Berlin, Innensenator lehnt Verhandlungen ab



Flüchtlinge und Unterstützer in der besetzten Kreuzberger Kirche

Foto: Florian Boillot

Berlin. Die Gemeinde der von 120 Flüchtlingen und Unterstützern besetzten St. Thomas-Kirche in Berlin-Kreuzberg forderte am Freitag ein rasches Ende des Protestes. Ein Aufenthalt der Flüchtlinge und Aktivisten in der Kirche über den Sonnabend hinaus sei nicht möglich, hieß es. Die Räumung des seit Donnerstagabend besetzten Gotteshauses durch die Polizei schloss die Kirche zunächst aber aus. Zugleich betonten die sichtlich überforderten Kirchenvertreter, dass ein Daueraufenthalt in der Kirche für alle Beteiligten unzumutbar sei und das Grundproblem der Flüchtlinge nicht löse. »Wir benötigen dringend Unterstützung und

fordern die Kirchenleitung auf, sich gemeinsam mit uns um eine friedliche Lösung zu bemühen«, hieß es weiter. Die Gemeinde fordert von Berliner Senat und Bezirk, ihren Pflichten »unverzüglich nachzukommen«.

Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) setzte unterdessen den harten Kurs der Ablehnung gegen die protestierenden Flüchtlinge in der Hauptstadt fort. Ihre Forderung nach einem Gespräch mit seiner Innenverwaltung lehnte Henkel ab. »Berlin wird sich auf keine Erpressungsversuche einlassen. Es wird keine Verhandlungen über Recht und Gesetz geben«, erklärte Henkel. Mehr als die Umset-

zung der zugesicherten Einzelfallprüfungen werde es nicht geben. »Es gibt keine rechtliche Grundlage für irgendwelche Zugeständnisse, und auch nicht den politischen Willen, Besetzungen zu belohnen. Ein Zwei-Klassen-Recht lehne ich unverändert ab«, betonte Henkel. Sollte sich der Kirchengemeinderat zu einem Strafantrag entschließen, werde die Polizei schnell und entschlossen handeln, so der Innensenator. Für die Flüchtlinge ist das unverständlich: »Seit zwei Jahren kämpfen wir um eine Lösung. Da uns die Politik nicht hilft, wird es vielleicht eine humanitäre Einrichtung wie die Kirche.« *nd/Agenturen* *Seiten 13 und 20*

Weniger Schuldenbremse, mehr Kontrolle

Bundesfinanzminister Schäuble unterbreitet scheinbar verlockendes Angebot

Vorsicht Falle! Die Länder sollen auch nach 2020 Kredite aufnehmen dürfen. Doch der Preis dafür ist hoch.

Von Fabian Lambeck

Der Bundesfinanzminister drückt bei den Verhandlungen über die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern aufs Tempo. Erst am Dienstag hatte der Minister vorgeschlagen, den Solidaritätszuschlag zu streichen, im Gegenzug die Einkommens- und Körperschaftsteuer anzuheben und so die Einnahmen mit Ländern und Kommunen zu teilen.

Einem Bericht der »Süddeutschen Zeitung« zufolge bietet der Ressortchef nun an, die Schuldenbremse für die Länder etwas aufzuweichen. Die umstrittene Bremse, die im Grundgesetz festgeschrieben wurde, verbietet den Ländern, ab 2020 neue Schulden zu machen. Doch soweit soll es

gar nicht kommen. Dem Bericht nach will Schäuble »die Schuldenbremse lockern, noch bevor sie tatsächlich richtig in Kraft tritt«. So sollen die Länder auch nach 2020 Kredite aufnehmen dürfen. Einen entsprechenden Vorschlag soll er den Finanzministern der Länder vorgelegt haben, so die Zeitung.

Offenbar hat das Angebot aber noch nicht alle Ministerien erreicht. Brandenburgs Finanzminister Christian Görke (LINKE) betonte am Freitag gegenüber »nd«: »Ein Schreiben des Bundesfinanzministers liegt bislang nicht vor.« Aber das, was er der »Süddeutschen« entnehmen konnte, sei nicht zielführend. »Für Brandenburg ist es weitaus wichtiger, dass der Solidaritätszuschlag erhalten wird und vollständig den Ländern zur Verfügung steht. Und außerdem, dass der Bund die Kosten der Soziallasten übernimmt, die gegenwärtig zum größten Teil von den

Kommunen geschultert werden«, so Görke. Nicht nur bei der LINKEN reagierte man gestern mit Skepsis. Auch Sachsen-Anhalts SPD-Finanzminister Jens Bullerjahn lehnte den Vorstoß ab.

»Für Brandenburg ist es weitaus wichtiger, dass der Solidaritätszuschlag erhalten wird.«

Christian Görke (LINKE), Landesfinanzminister

In der Presseabteilung des Bundesfinanzministeriums waren am gestrigen Nachmittag sämtliche Anschlüsse »nicht erreichbar«. Auch gegenüber der Nachrichtenagentur dpa wollte sich eine Sprecherin des Ministeriums nicht zu den Plänen äußern. »Wir reden über alle möglichen Fra-

gen«, so die Sprecherin ausweichend.

So blieb als einzige Quelle der Artikel aus der »Süddeutschen«. Demzufolge bietet der Bund den Ländern an, »einen Teil seines Kreditfinanzierungsspielraum zur Verfügung zu stellen«, zitiert die Zeitung aus einer »Verhandlungsunterlage«. Denn im Gegensatz zu den Ländern darf der Bund auch nach 2020 neue Schulden machen. Allerdings nur bis zu einer Höhe von maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Schäuble will den Ländern davon 0,15 Prozent überlassen. Der Bund müsste dann mit 0,2 Prozent auskommen.

Im Gegenzug müssten sich die Länder aber einer strengeren Überwachung unterwerfen. Schäuble will dafür den gemeinsamen Stabilitätsrat von Bund und Ländern in ein Gremium mit mehr Kontrollbefugnissen umwandeln. Zudem soll der Rat Schuldensünder sanktionieren dürfen.

Islamischer Staat in Deutschland verboten

Bundeswehr-Ausbilder nach Nordirak

Berlin. Das Bundesinnenministerium hat am Freitag »die Terrororganisation »Islamischer Staat« (IS), alias »Islamischer Staat im Irak« (ISI), alias »Islamischer Staat im Irak und in Groß-Syrien« (ISIG)« verboten. Der IS begehrt bei seinem Kriegszügen in Syrien und Irak zahlreiche schwere Menschenrechtsverletzungen. Laut jüngsten CIA-Aussagen kämpfen unter der schwarzen IS-Flagge zwischen 20 000 und 31 500 Anhänger.

Deutsche Sicherheitsbehörden sind sicher, dass die Terrororganisation in Deutschland Unterstützer hat. Auch würden hierzulande neue Kämpfer rekrutiert. Die Forderung nach einem Verbot ist seit längerem auch von Abgeordneten aller Fraktionen des Bundestages erhoben worden. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hob hervor, der »Islamische Staat sei eine Bedrohung auch für die öffentliche Sicherheit in Deutschland«. Der Minister räumte ein, dass sich durch das Verbot die Sicherheitslage in Deutschland verändern könne.

Dem IS ist in Deutschland fortan jegliche Betätigung untersagt. Dazu zählten Propaganda in sozialen Medien oder bei Demonstrationen sowie das Sammeln von Spenden. Auch das öffentliche Tragen von IS-Kennzeichen oder die Verwendung von Abbildungen oder Darstellungen ist verboten.

Gestern wurde aus Bundeswehrkreisen bekannt, dass demnächst deutsche Fallschirmjäger in den Norden Iraks geschickt werden, um kurdische Peschmerga-Kämpfer an deutschen Waffen auszubilden. *hei* *Seite 5*

Woidke ist sicher, Lieberknecht nicht

Vor den Wahlen in Brandenburg und Thüringen ist die AfD im Aufwind

Berlin. Am Sonntag sind Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen – und in beiden Fällen spielt die SPD eine entscheidende Rolle. In Brandenburg schien ein Wahlsieg für den seit einem Jahr amtierenden Ministerpräsidenten Dietmar Woidke (SPD) zuletzt fast sicher; fraglich ist allerdings, ob er die rot-rote Koalition in Potsdam fortsetzt oder die CDU als Juniorpartner ins Boot holt. Laut einer »Projektion« des ZDF-Politbarometers würde die SPD auf gut 32 Prozent kommen, die CDU auf 24 und die LINKE auf 20 Prozent. Demnach könnte sich Woidke den Partner aussuchen. Knapp wird es für die Grünen, denen das Politbarometer 5,5 Prozent zutraut.

In Erfurt muss dagegen CDU-Regierungschefin Christine Lieberknecht um die Fortführung ihrer schwarz-roten Regierung bangen. Laut ZDF-Projektion kommt ihre CDU auf 36 Prozent, die Linkspartei von Bodo Ramelow auf 26 Prozent und die SPD auf 16 Prozent – die Grünen werden auch hier auf 5,5 Prozent taxiert. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Lieberknecht von einer rot-rot-grünen Regierung abgelöst wird. Zumindest laut Politbarometer wird die FDP in beiden Fällen den Landtag verpassen. Die AfD, der in Brandenburg fast zehn und in Thüringen acht Prozent zugetraut werden, könnte das Zünglein an der Waage verpassen. Ramelow warf der CDU zuletzt vor, mit der rechtspopulistischen Partei zu liebäugeln. *nd* *Seiten 5 und 14*

Liebe Leserinnen und Leser, aufgrund einer unfallbedingten Vollsperrung der Autobahn A9 in der Nacht zum Freitag konnten unsere Abonnenten in Thüringen sowie Teilen von Sachsen und Sachsen-Anhalt nicht mit der gestrigen Zeitung beliefert werden. Wir bitten dies zu entschuldigen und liefern die Ausgabe heute nach.

Redaktion und Verlag

ISSN 0323-3375

